

**Personalratswahl 2021**

Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft



Hessen

**BERUFLERINNEN UND  
BERUFLER WÄHLEN GEW  
AM 4. UND 5. MAI 2021**

**AKTIV  
KOMPETENT  
DEMOKRATISCH**

# Rückblick

## Die Corona-Pandemie veränderte alles

Die ursprünglich für das Jahr 2020 angesetzten Personalratswahlen sind auf den 4. und 5. Mai 2021 verschoben worden. Diese Entscheidung war im März 2020 noch nachvollziehbar, da niemandem bekannt war, wie sich die Pandemie entwickeln werde. Mit der schrittweisen Wiedereröffnung der Schulen muss der Erlass zur Verschiebung um ein Jahr kritisch gesehen werden. Die Kolleginnen und Kollegen waren ab Mai 2020 wieder in den Schulen. Die Neuaufnahme aller Wahlvorbereitungen wäre daher aus Sicht der GEW Hessen nicht notwendig gewesen. Vielmehr hätten die Wahlvorstände mit der Durchführung fortfahren können, statt neue Wählerlisten zu erstellen.

In der Corona-Pandemie haben die Kolleginnen und Kollegen gezeigt, dass sie sich schnell auf neue Situationen einstellen. Gerade an den berufsbildenden Schulen wurden viele Wege ausprobiert, um die Auszubildenden und die Schülerinnen und Schüler der Vollzeitschulformen zu erreichen. Zum einen führte dies zu sehr viel Mehrarbeit. Zum anderen erhöhte der beginnende Präsenzunterricht die Gefährdung der Gesundheit.

Das Land Hessen hat in seiner Not erst einmal alle digitalen Hilfsmittel zugelassen, um Unterricht aus der Distanz zu ermöglichen. Zwar gibt es im Land ein Ministerium für Digitales, doch lässt die digitale Infrastruktur an vielen Schulen zu wünschen übrig. Mit Beginn des neuen Lockdown seit Dezember 2020 eilen immer noch viele Kolleginnen und Kollegen nach und manchmal auch zwischen dem Präsenzunterricht nach Hause, weil es von dort aus mit dem „Distanzunterricht“ besser klappt. Das Land Hessen und die Schulträger verweisen jeweils auf den anderen, wenn das Problem der digitalen Ausstattung angesprochen wird. Die Mittel des Digitalpakts oder weitere Bundesmittel sind bisher unzureichend oder gar nicht an den Schulen angekommen.

In Pandemiezeiten wird umso deutlicher, wie vielfältig die Probleme an berufsbildenden Schulen sind:

1. Die Lerngruppengrößen ermöglichen keine Abstände, wie sie während der Pandemie notwendig sind.
2. Die Auszubildenden beklagen sich, dass sie keine oder zu wenig Zeit bekommen, um die Distanzangebote der Berufsschulen wahrzunehmen, obwohl auch Arbeitgeberverbände die Befreiung nach BBiG einfordern, wenn nicht in der Berufsschule gelernt werden kann.
3. Präsenzunterricht ist insbesondere für benachteiligte Schülerinnen und Schüler in den Vollzeitschulformen, aber zum Teil auch für die meisten Auszubildenden, nicht vollwertig durch Distanzunterricht zu ersetzen. Beziehungsarbeit erfordert auch körperlich mimische Präsenz, die eine Videokonferenz nicht ersetzen kann.

4. Diese Präsenz ging auch verloren, als nach den Weihnachtsferien 2020/21 die Lerngruppen auf zwei Räume aufgeteilt wurden, weil anderweitig die Abstände nicht eingehalten werden können.
5. Die Aussage, dass im Distanzunterricht und im Präsenzunterricht die Lernziele gleichermaßen erreicht werden können, ist weltfremd und untergräbt unsere Ansprüche an die pädagogische Profession.
6. Die Möglichkeit, dass berufsbildende Schulen Schülerinnen und Schüler bis zu 50 Prozent in der Teilzeitform der dualen Ausbildung bzw. bis zu 25 Prozent in den Vollzeitschulformen in den Distanzunterricht schicken können, ist überreglementiert. Die sonst beschworene Selbstständigkeit der berufsbildenden Schulen wird hier konterkariert.
7. Die mit dem Distanzunterricht wachsenden Anforderungen an die Administration von Informations- und Kommunikationstechniken müssen zumeist durch die Lehrkräfte zusätzlich erledigt werden. Hier muss dringend gegengesteuert werden und das Land Hessen sollte im Zweifel die IT-Fachkräfte selbst ausbilden.

## **GEW im Hauptpersonalrat Dem Ministerium die Stirn bieten!**

Bei der letzten Hauptpersonalratswahl 2016 erlangte die GEW an den Berufsbildenden Schulen ein Ergebnis von 58,1 Prozent (für alle Schulformen 63 Prozent). Von 23 Sitzen gingen 15 an die GEW, 4 an den dlh/glb, 2 an den vbe und 2 an die Unabhängigen. Mit Bettina Happ-Rohé und Ralf Becker zogen zwei Lehrkräfte an Berufsbildenden Schulen für die GEW in den Hauptpersonalrat (HPRLL) ein. Markus Heberling nahm als erster Nachrücker an fast allen Sitzungen teil. In den letzten vier Jahren wurden alle Initiativen und Stellungnahmen im Bereich Berufsbildende Schulen von den drei GEW-Berufsschulvertreter:innen über die GEW Fraktion in den HPRLL eingebracht. Von den anderen Fraktionen kam nichts.

Während der Schulpersonalrat mit der Schulleitung Dinge verhandelt, die nur die Schule betreffen, und der Gesamtpersonalrat (GPRLL) Dinge, die nur das Schulamt betreffen, verhandelt der Hauptpersonalrat mit dem Kultusministerium Dinge, die alle Lehrkräfte betreffen bzw. die über einzelne Schulen bzw. Schulämter hinaus wirken. Darüber hinaus ist der HPRLL Stufenvertretung und verhandelt Dinge, bei den sich Schulpersonalrat und Schulleitung oder GPRLL und Schulamt nicht einigen konnten.

Basis der Arbeit des HPRLL ist ein enger Kontakt zu den GPRLL über den Personalräteausschuss der GEW und eine enge Anbindung an den GEW-Landesvorstand. Die Stärke der GEW-Fraktion im HPRLL ist darüber hinaus durch die gute Zusammenarbeit mit den Hauptamtlichen in der GEW-Landesgeschäftsstelle im Frankfurter Zimmerweg möglich.

In den letzten Jahren konnten in vielen Bereichen Verbesserungen gegenüber den Vorstellungen des Ministeriums erzielt werden. Ein Beispiel: Seiteneinstiegsprogramme in Mangelfächern wurden so ausgestattet, dass den Teilnehmenden bessere Entlastungen gewährt und den Schulen mehr „Mentoren-Stunden“ zugewiesen wurden.

Die GEW-Fraktion war die Einzige, die sich im HPRLL für die Anliegen der at-Fachlehrenden eingesetzt hat. Die Initiative der GEW erreichte einen einstimmigen Landtagsbeschluss, dass die Landesregierung für at-Fachlehrende Aufstiegsmöglichkeiten schaffen soll. In einem ersten Schritt hatte das Ministerium zwanzig zusätzliche Beförderungsstellen nach A 12 geschaffen. Auf Drängen der GEW-Fraktion im HPRLL wurde per Erlass – erstmals und bundesweit einmalig – eine Regelaufstiegsmöglichkeit für at-Fachlehrende in den höheren Dienst geschaffen. Die im Erlass festgelegten Bedingungen sind jedoch so schlecht, dass kaum jemand diese Möglichkeit wahrnehmen kann. Die GEW-Fraktion des HPRLL hat dies massiv kritisiert und wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Bedingungen besser werden.

Die politischen Machtverhältnisse, die sich auch im ministeriellen Handeln widerspiegeln, bedingen, dass die meisten Erfolge nur im Kleinen erzielt werden konnten. So wurden in unzähligen Stufenverfahren Verbesserungen für einzelne Lehrkräfte und Schulen erzielt, unnütze Regelungen in Verordnungen und Erlassen wurden verhindert, bessere Regelungen wurden in Verordnungen und Erlassen aufgenommen usw. Die GEW-Fraktion im HPRLL hat hier einiges im Kleinen, aber dennoch durchaus Wichtiges erreicht.

Die GEW hat mit Bettina Happ-Rohé, Ralf Becker und Markus Heberling drei Lehrkräfte aus Berufsbildenden Schulen auf vordere und somit aussichtsreiche Plätze der Liste für den HPRLL 2021 gesetzt. Hiermit sind bei entsprechendem Wahlergebnis die Interessen der Beschäftigten an Berufsbildenden Schulen von Seiten der GEW-Fraktion im HPRLL gut vertreten.

Es stehen in den nächsten Jahren Änderungen an, die eine starke GEW-Fraktion und eine starke Kompetenz aus den Berufsbildenden Schulen im HPRLL notwendig machen. Die Umsetzung des „Bündnis Ausbildung Hessen“ durch die Landesregierung ist kritisch zu begleiten. BÜA soll in Regelform überführt werden. Die Fachklassenstandorte sollen neu festgelegt werden. Der Lehrkräftemangel ist anzugehen und vieles mehr.

**Von Seiten des vbe, des dlh/glb und der Unabhängigen  
sind wenig bis keine Initiativen im HPRLL  
zur Verbesserung der Situation an den Schulen  
und insbesondere an den Berufsbildenden Schulen zu erwarten.**

**Wer bessere Bedingungen an Berufsbildenden Schulen will,  
wählt am 4. und 5. Mai 2021 GEW.**

## **GEW in den Gesamtpersonalräten**

In allen Gesamtpersonalräten waren bisher in den GEW-Fraktionen Beruflerinnen und Berufler vertreten. Sie sorgten dafür, dass die Interessen der Beschäftigten an Berufsbildenden Schulen im Schulumt Gehör fanden und unterstützten die Schulpersonalräte in den Berufsbildenden Schulen. So konnte die personelle Ausstattung der Berufsbildenden Schulen verbessert werden, Stellen schneller besetzt werden, Beförderungen und Funktionsstellenbesetzungen schneller umgesetzt werden und Konflikte zwischen Schulen und innerhalb von Schulen bearbeitet werden. Die Beruflerinnen und Berufler in den GPRLL waren darüber hinaus äußerst wichtig für die Arbeit im HPRLL, da sie Anliegen aus den Berufsbildenden Schulen an die Mitglieder der GEW-Fraktion im HPRLL transportierten und in der Landesfachgruppe der GEW mitarbeiteten.

Für alle GPRLL kandidieren Beruflerinnen und Berufler auf aussichtsreichen Plätzen, so dass auch in den zukünftigen GEW-Fraktionen die Interessen der Beschäftigten an Berufsbildenden Schulen vertreten sein werden. Zwei wichtige Themen werden die GPRLL betreffen: zum einen die Reform des Übergangs und zum anderen die damit verbundene notwendige Kooperation zwischen Berufs- und Allgemeinbildenden Schulen und die Festlegung der Fachklassenstandorte.

## **GEW in den Schulpersonalräten**

GEW-Mitglieder waren in den Schulpersonalräten stark vertreten und stellten in den meisten Schulen den Vorsitz. Diese konnten sich auf die Kompetenzen der GEW-Hauptpersonalräte und der GEW-Gesamtpersonalräte sowie der GEW-Kreisverbände stützen. Insbesondere die Rechtsinformationen der GEW, die Beratung durch die GEW-Rechtsstelle und die von GEW-Mitgliedern in den HPRLL und GPRLL getragenen Personalräteschulungen waren eine starke Hilfe für die Arbeit vor Ort. Durch die kontinuierliche Arbeit konnte in einer Vielzahl von Fällen erreicht werden, dass Kolleginnen und Kollegen zu ihrem Recht kommen, dass Mitbestimmungsrechte der Personalräte und der Konferenzen umgesetzt wurden, dass Arbeitsbedingungen verbessert wurden und dass Konflikte beigelegt wurden.

Ein starker Schulpersonalrat ist wichtig für die innere Balance der Schule. Ein starker Personalrat ist aber nur stark mit einer starken Gewerkschaft im Rücken. Damit dies weiterhin so bleibt, ist es notwendig, dass viele GEW-Mitglieder in die Schulpersonalräte gewählt werden.

## **GEW wählen**

Wir haben bisher als GEW viel geleistet, ob im Hauptpersonalrat, in den Gesamtpersonalräten, in den Schulpersonalräten oder als ‚einfache‘ Mitglieder und Wähler:innen. Dies müssen wir weiterführen. Hierzu brauchen wir ein gutes Ergebnis im Mai 2021 und engagierte GEW-Kolleginnen und Kollegen auf allen Ebenen. Deshalb GEW wählen und andere überzeugen, GEW zu wählen.

# Sie kandidieren f

## Ralf Becker



- ist Berufsschullehrer Metalltechnik und Mathematik
- tätig an der Werner-Heisenberg-Schule (berufliche Schule) in Rüsselsheim
- Mitglied im Vorsitzendenteam der Fachgruppe Berufsbildende Schulen der GEW Hessen und des Landesausschusses für Berufsbildung

Ralf Becker ist mit den Fragen der beruflichen Bildung bestens vertraut und setzt sich als langjähriges Mitglied des HPRLL engagiert für die Belange der Berufsbildenden Schulen ein. Zusätzlich hat er sich in Fragen von Personalplanung, Personalzuweisung, Ranglisteneinstellung und Versetzung sowie der entsprechenden elektronischen Verfahren eingearbeitet. Weiterhin beschäftigt er sich mit der Gestaltung der Übergänge von der Schule in den Beruf, der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Berufsschullehrkräfte, den Angelegenheiten der arbeitstechnischen Fachlehrer:innen sowie der Schulen für Erwachsene.

**„Für Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung.“**

## Bettina Happ-Rohé



- ist Gymnasiallehrerin für die Fächer Biologie und Deutsch
- ist seit 2007 an der Klingerschule (Berufliche Schule) in Frankfurt in den Vollzeitschulformen tätig
- ist Mitglied der Fachgruppe Berufsbildende Schulen der GEW Hessen und Geschäftsführerin des Bezirksverbands Frankfurt der GEW

„Kolleginnen und Kollegen erleben den Arbeitsalltag an den Schulen zunehmend belastender. Der Zeitdruck steigt und die pädagogischen Herausforderungen im Unterricht nehmen zu. Um gute Bildung zu gewährleisten, müssen Klassengrößen verringert werden. Zusätzliche Aufgaben dürfen nicht zu Lasten der einzelnen Kolleginnen und Kollegen gehen, sondern müssen mit entsprechender Zuweisung unterfüttert werden. Arbeit in multi-professionellen Teams braucht Zeit – auch dies muss über die Zuweisung gewährleistet werden.“

**„Wer die Fürsorgepflicht besitzt und von Wertschätzung spricht, muss die Arbeitsbedingungen spürbar verbessern!“**



# n für den HPRLL

## Markus Heberling

- ist Lehrer an Berufsbildenden Schulen
- unterrichtet an den Beruflichen Schulen in Gelnhausen
- ist im Vorsitz der Fachgruppe Berufsbildende Schulen und im Leitungsteam des Referats Tarif, Besoldung, Beamtenrecht der GEW Hessen

Im Rahmen seines Engagements ist es Markus Heberling wichtig, die Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen zu verbessern bzw. die Arbeitsbelastungen zu verringern. Als Mitglied des landesweiten Gremiums zu Fachklassenstandorten setzt er sich dafür ein, dass bei der Festlegung von Fachklassenstandorten Belastungen für die Kolleginnen und Kollegen minimiert werden und die Schulen in den Metropolen und in der Fläche gleichwertig berücksichtigt werden.



**„GEW –  
Gemeinsam sind  
wir stark“**

## Christine Nagel

- ist Fachlehrerin für die arbeitstechnischen Fächer Farbtechnik, Raumgestaltung, Visuelle Kommunikation und Gestaltungslehre
- unterrichtet an der Gutenbergschule Frankfurt
- ist Mitglied der Landesfachgruppe Berufsbildende Schulen der GEW Hessen

Christine Nagels besonderer Fokus liegt auf den Interessen der arbeitstechnischen Fachlehrer:innen. Sie setzt sich für die Gleichwertigkeit aller Lehrenden an Berufsbildenden Schulen ein. Dabei geht es ihr um eine gleiche Unterrichtsverpflichtung für alle Lehrkräfte, ob mit oder ohne Lehramt. Die GEW-Forderung „A 13 für alle!“ bedeutet für sie die Realisierung des Bewährungsaufstiegs nach A 13 in den gehobenen Dienst für Fachlehrer:innen – das heißt, die Realisierung über Weiterbildungsangebote zum Lehramt mit Bewährungsaufstieg nach A 13 für Fachlehrer:innen. Christine Nagel war eine der treibenden Kräfte, die den einstimmigen Beschluss des Landtags zur Förderung von Fachlehrerinnen und Fachlehrern erreicht haben.



**„Gleiches Geld  
für gleichwertige  
Arbeit!“**

# 7-Punkte-Sofortprogramm Berufsbildende Schulen

Die Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen leisten täglich intensive Arbeit, fördern die Lernenden individuell und das unter herausfordernden Rahmenbedingungen:

- Pflichtstunden wie vor hundert Jahren
- Unbesetzte Stellen durch Nachwuchsmangel
- Ungleiche Bezahlung bei gleicher Arbeit
- Zu große Klassen
- Zeiten übergroßer Arbeitsbelastung durch Prüfungsmarathon in unterschiedlichen Schulformen
- Mangelhafter Zustand vieler Gebäude
- Lehr- und Lernmittel, die der Entwicklung oft weit hinterher hinken

Vor diesem Hintergrund fordert die GEW Hessen ein Sofortprogramm zur Verbesserung der Situation an den Berufsbildenden Schulen. Die neue GEW-Fraktion im HPRL wird sich dafür mit Vehemenz einsetzen.

## 1. Arbeitsbedingungen verbessern!

Die Landesregierung verweigert bisher den beamteten Lehrkräften die Übertragung der Tarifiergebnisse zur Arbeitszeit. Wir werden uns an allen Stellen und mit allen Möglichkeiten (Streik, Demonstrationen, Aktionen, Musterklagen usw.) für die Übertragung des Tarifiergebnisses einsetzen.

Um die geforderte individuelle Förderung bei einer immer heterogener werdenden Schülerschaft umzusetzen, müssen die Klassengrößen angepasst werden, die damit verbundenen außerunterrichtlichen Tätigkeiten durch Deputate ausgeglichen und sonderpädagogische Förderung und sozialpädagogische Unterstützung als Regelform eingeführt werden.

### Wir fordern

- Übertragung der Tarifiergebnisse zur Arbeitszeit
- Reduzierung der Klassenhöchstgrenzen
- Reduzierung der Pflichtstunden und Erhöhung der Schul- und Schulleitungsdeputate
- Adäquate Entlastung von Lehrkräften in Prüfungs- und Korrekturphasen
- Sonderpädagogische personelle Grundausstattung aller berufsbildenden Schulen
- Bedarfsgerechte Zuweisung für sozialpädagogische Unterstützung



# rogramm 2020

# ulen brauchen mehr!

## 2. Gebäude sanieren – Digitale Ausstattung aktualisieren!

Der Sanierungsstau der Schulgebäude und die oftmals veraltete Ausstattung müssen umgehend angegangen werden. Aus Anlass des Digitalpakts hat die GEW zum digitalen Ausstattungsbedarf der Berufsbildenden Schulen ein wissenschaftliches Gutachten in Auftrag gegeben. Danach müssten rund fünfmal so viele Mittel zur digitalen Ausstattung zur Verfügung gestellt werden, wie geplant waren. Auch die zuletzt hinzugekommenen Sonderprogramme für digitale Endgeräte für Schüler:innen und Lehrer:innen sowie IT-Administration decken den Bedarf bei weitem nicht. Hinzu kommt, dass bisher fast alle Lehrkräfte nicht über digitale dienstliche Endgeräte verfügen, sondern diese aus ihrer eigenen Tasche finanzieren – eine versteckte Gehaltskürzung. Die Schulträger können die zusätzlichen Bedarfe zur zeitgemäßen digitalen und sonstigen Ausstattung Berufsbildender Schulen und zur Schulbausanierung nicht alleine decken. Hierzu ist umgehend ein bedarfsdeckendes Sanierungs- und Ausstattungs Sonderprogramm der Landesregierung notwendig.

### Wir fordern

- Alle pädagogischen Beschäftigten mit digitalen Endgeräten auszustatten, die den Anforderungen insbesondere in den Berufsbildenden Schulen genügen.
- Die Sicherstellung des IT-Supports für die vielen neuen Geräte.
- Ein Sonderprogramm zur Gebäudesanierung.

## 3. Lehrkräftenachwuchs sichern und mindestens A13 für Alle!

An den Berufsbildenden Schulen in Hessen unterrichten 1.514 Personen hauptamtlich ohne Lehramt und 1.124 arbeitstechnische Fachlehrende (Schuljahr 2019/20 gesamt 9.533 Lehrkräfte). Diese Kolleginnen und Kollegen sind doppelt benachteiligt. Sie werden schlechter bezahlt und müssen nach der Pflichtstundenverordnung eine Stunde mehr unterrichten. Darüber hinaus gibt es nach wie vor einen eklatanten Nachwuchsmangel in vielen Berufsfeldern und Fächern.

### Wir fordern

- Maßnahmen zur Erhöhung der Studienabsolvent:innen im Lehramt BBS
- Streichung der zusätzlichen Pflichtstunde für Lehrkräfte ohne Lehramt
- Weiterbildungs Sondermaßnahmen für Lehrkräfte ohne Lehramt und für arbeitstechnische Fachlehrende zum Lehramt BBS mit Aufstieg nach A 13 in den höheren Dienst
- Bewährungsaufstieg für at-Fachlehrende im gehobenen Dienst auf A 13 ermöglichen
- qualitativ hochwertige Quer- und Seiteneinstiege in Mangelbereichen

## 4. Berufsschule im dualen System stärken!

Um den derzeitigen und zukünftigen Anforderungen gerecht zu werden, muss die Berufsschule durch die Möglichkeit gleichwertiger Abschlüsse gestärkt werden. In der Berufsschule braucht es zudem mehr Zeit für individuelle Förderung, für das Nachholen von Schulabschlüssen, für Sprachförderung, Nachhilfe, Zusatzunterricht zur Hochschulzugangsberechtigung, berufliche Zusatzqualifikationen usw.

### Wir fordern

- Doppelqualifizierung (Beruf und FHR/Abitur) zur Regelform ausbauen
- Zwei volle Berufsschultage (16 Unterrichtsstunden)

Die Standorte von Fachklassen sollen neu festgelegt werden. Hierzu wurden in der Vergangenheit ein landesweites Gremium und regionale Gremien einberufen. In allen war die GEW vertreten. Diese Kolleginnen und Kollegen dienen als Ansprechpartner:innen und halten den Kontakt zu den Schulen.

### Wir fordern

- Transparenz und Partizipation aller Beteiligten in den Gremien zur Festlegung der Fachklassenstandorte
- Erhalt von Bildungsangeboten der berufsbildenden Schulen in der Fläche durch differenzierte Stellenzuweisung
- Einbezug der Vollzeitschulformen bei der Festlegung von Fachklassenstandorten

## 5. Übergänge gestalten!

Trotz der Verlautbarungen zum Fachkräftemangel ist es für viele benachteiligte Jugendliche schwer bzw. unmöglich, den direkten Übergang von der allgemeinbildenden Schule in Ausbildung und Beruf ohne Unterstützung zu schaffen. Eine Reform des Übergangs ist überfällig, die alle Jugendlichen mitnimmt und ihnen eine Perspektive für Ausbildung und Berufsabschluss, weiterführende Bildungsgänge und ihr weiteres Leben gibt. Die Landesregierung hat mit der Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung einen Modellversuch zu einer einzigen Schulform für alle Jugendliche ohne Berufsausbildung gestartet. Dieser soll im Jahr 2021 fortgesetzt werden.

### Wir fordern für diese Schulform

- Garantierter Anschluss in Ausbildung und Beruf oder weiterführende Bildungsgänge
- Maximale Klassenstärke von 16 Schülerinnen und Schülern
- Zusätzliche Stellen für sozialpädagogische Unterstützung (eine halbe Stelle pro Klasse)
- Zusätzliche Stellen für Koordination
- Dualisierung des beruflichen Lernbereichs (Betriebspraktika)
- Ganztagsunterricht

Für die GEW sind Produktionsschulen eine weitere sinnvolle und notwendige Möglichkeit der Ausbildungsvorbereitung.

#### **Wir fordern**

- Verankerung der Produktionsschulen im Schulgesetz und in der Sozialgesetzgebung
- Verlässliche Finanzierung bestehender und neu zu gründender Produktionsschulen

## **6. Studienqualifizierung verbessern – Anrechnungen ermöglichen!**

Viele Jugendliche nehmen den Weg über die Berufsbildenden Schulen zu Universität und Hochschule. An Beruflichen Gymnasien (BG) wird die Allgemeine Hochschulreife vermittelt und an der Fachoberschule (FOS) die Allgemeine Fachhochschulreife. Für die FOS wurde schon seit längerem die Lehrerstellenzuweisung gekürzt, sodass eine Begleitung des Praktikums in der Jahrgangsstufe 11 nicht mehr durch Ressourcen abgedeckt ist. Darüber hinaus wurde die Zuweisung für das BG gekürzt.

#### **Wir fordern**

- Volle Stellenzuweisung für die Praktikumsbetreuung in der FOS 11
- Rücknahme der Stellenkürzungen auch in der E-Phase des BG
- Anrechnung beruflicher Leistungen der Aus- und Weiterbildung (Fachschulen) auf Hochschulstudiengänge

## **7. Schule demokratisieren!**

Schulen sind keine Betriebe. Der Weg zu einer neuen „Führungskultur“ verkennt die personellen Rahmenbedingungen einer Schule. Lehrkräfte haben durch ihre Ausbildung eine Profession erworben, so dass sich eine „Führungskultur“ verbietet. Vielmehr bedarf es einer Kultur, die es Lehrkräften ermöglicht, ihre Kompetenzen in die Schulentwicklung einzubringen und über den Weg gemeinsam und demokratisch mitzubestimmen. Bildung und pädagogische Arbeit ist kein normiertes Produkt, dessen Qualität mit Hilfe von Qualitätsmanagementsystemen – wie in der Industrie – gemessen werden kann.

#### **Wir fordern**

- Demokratische Schulleitung anstatt „neuer Führungskultur“
- Ein qualifiziertes Mitbestimmungsrecht für die Personalvertretungen
- Ausbau der demokratischen Mitbestimmung in Gesamt- und Schulkonferenzen

**Zur Umsetzung unserer Forderungen bedarf es eines guten GEW-Wahlergebnisses für den HPRLL, aber auch einer breiten Unterstützung durch GEW-Personalräte in den Gesamtpersonalräten und in den Schulpersonalräten.**

3			9			5		
				4			3	
			7		1	4	8	6
7		8		5	4	6		
	1			9	6			8
2	5		1	8				
	4		5				6	
5					8	9		
8	6				3	1	2	

	7			3			4	5
						7		
		6		5	7	9	3	
	6		8			3		
1						4	8	6
3				6	4		2	
		8			2			
			4					
9	4	2	5		1	8		3

## Am 4. und 5. Mai 2021 GEW wählen!